

Titel	Quelle	Nummer	Zeit
Prozesse/Mykonos/	DPApr	ber127	Son Aug 25 11

347 vvvvl lbn 031

(Wochenendzusammenfassung)

Penner: Dialog mit Iran beenden - Kinkel will Prozeßaussagen
zunächst genau prüfen - Bani-Sadr: Deutsche Kredite einstellen =

Berlin (dpa/bb) - Der SPD-Innenpolitiker und Vorsitzende der
Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages, Willfried
Penner, hat gefordert, die Beziehungen zu Iran abubrechen. Die
Politik des "kritischen Dialogs" habe einen schweren Stoß
erlitten, sagte Penner am Samstag im Hessischen Rundfunk mit Hinweis
auf die Zeugenaussage des früheren iranischen Staatspräsidenten
Abolhassan Bani-Sadr im Berliner Mykonos-Prozeß. Dieser hatte die
iranische Staatsführung für das Attentat auf vier
kurdisch-iranische Oppositionelle mitverantwortlich gemacht.
Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) kündigte an, Bani-Sadrs
Aussagen genau zu prüfen und dann Folgerungen zu ziehen.

"Wenn sich herausstellen sollte, daß die iranische
Staatsführung den Mord in Auftrag gegeben oder zu verantworten hat,
dann kann man mit einem solchen Regime keine diplomatischen
Beziehungen unterhalten", sagte Penner wörtlich.

Kinkel sagte dem privaten Berliner Rundfunksender Hundert,6, er
werde sich die Aussagen Bani-Sadrs "sehr genau ansehen". Danach
werde man bewerten müssen, "ob daraus Folgerungen zu ziehen sind
oder nicht". Der Minister wandte sich entschieden gegen voreilige
Schlüsse oder Vorverurteilungen in irgendeiner Form. "Natürlich
ist es etwas, was für die Gestaltungen unserer Beziehungen zum Iran
von Bedeutung sein muß", sagte Kinkel zu den Aussagen des
iranischen Exil-Politikers.

Bani-Sadr forderte unterdessen die Bundesregierung auf, Iran keine
Kredite mehr zu gewähren. Dem Regime in Teheran müsse "der Boden
für seine terroristischen Aktivitäten entzogen" werden, sagte er
in einem Interview mit der "Berliner Zeitung". Er forderte ferner,
die Kontakte zwischen Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer und

AA000558

iranischen Regierungsstellen offenzulegen. "Geheime Verhandlungen zwischen Nachrichtendiensten sind der Boden für Terrorismus."

Eine Verurteilung der Angeklagten im Mykonos-Prozeß werde die Politik beeinflussen, erklärte Bani-Sadr. "Weder die Bundesrepublik noch andere Staaten können dann Unwissenheit vortäuschen." Er selbst habe im Zusammenhang mit seiner Zeugenaussage "keine Angst", sagte der 63jährige, der in Berlin am Donnerstag und Freitag durch ein massives Sicherheitsaufgebot vor Anschlägen geschützt wurde.

Wegen des Attentats 1992 im Berliner Restaurant "Mykonos" müssen sich seit Oktober 1993 ein Iraner und vier Libanesen in Berlin vor Gericht verantworten. Schon in der Anklageschrift war der iranische Geheimdienst als Auftraggeber für den Mord genannt worden.

dpa/bb hg nk hi

251127 Aug 96